Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 12-1

Artikel: Bilanz des Osloer "Friedensprozesses"
Autor: Watzal, Ludwig
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166059

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ludwig Watzal

Bilanz des Osloer «Friedensprozesses»

Nach den Vereinbarungen von Wye-Plantation gilt es, Bilanz über ein Ereignis zu ziehen, dass man gemeinhin als «Friedensprozess» bezeichnet. Dieser Prozess in Israel und Palästina hatte jedoch von Beginn an nie etwas mit Frieden in des Wortes wirklicher Bedeutung zu tun, sondern war die Fortsetzung der Besetzung auf vertraglicher Grundlage.

Ein hundertjähriger Konflikt schien sich seinem Ende zuzuneigen, als am 13. September 1993 das Osloer Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) vor dem Weissen Haus in Washington unter der Schirmherrschaft Präsident *Clintons* unterzeichnet worden ist. Das Abkommen, das der israelische Aussenminister *Shimon Peres* und der Verhandlungsführer der PLO, *Abu Mazen,* unterzeichnet haben, trägt den etwas hölzernen Titel «Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung» und war das erste, das der geschundenen Region den Frieden bringen sollte. Beide Seiten erklärten sich darin bereit, den Konflikt in Zukunft durch Verhandlungen zu lösen.

In welchen visionären Dimensionen man dachte, machte die Rede von *Shimon Peres* deutlich: *«Dies sollte eine neue Schöpfung sein. Wir müssen ein neues Gemeinwesen auf unserem alten Boden schaffen; einen Nahen Osten für die Menschen, einen Nahen Osten für die Kinder.»* Wesentlich realistischer dagegen Ministerpräsident *Yitzhak Rabin,* der Ex-General, der über die Opfer von Gewalt und das Leid der Familien, über Jerusalem als der *«ewigen Hauptstadt des jüdischen Volkes»* sprach. Seine Rede enthielt nichts Visionäres; sie war nüchtern und primär an die israelische Bevölkerung gerichtet. Im Gegensatz zu *Peres* und *Rabin* appellierte *Yassir Arafat* nicht nur an die Hilfe der USA und der internationalen Staatengemeinschaft, sondern bemühte auch «Gott, den Barmherzigen». Instinktiv wohl ahnend, dass dieser eingeschlagene Weg kein leichter sein wird. Alle drei Redner liessen keinen Zweifel an ihrem ehrlichen Friedenswillen aufkommen und versprachen eine friedliche Konfliktlösung.

Der Weg hin zur Unterzeichnung des Abkommens war beschwerlich. Er begann mit der Friedenskonferenz von Madrid am 31. Oktober 1991, die nur wegen der tiefgreifenden Veränderungen im internationalen System möglich war. In der Folge der Madrider Konferenz trafen sich von 1991 bis 1993 die israelische und die palästinensische Verhandlungsdelegation in Washington zu zehn ergebnislosen Verhandlungsrunden. *Yitzhak Shamir* erklärte nach seiner Abwahl im Juni 1992, dass er noch zehn Jahre mit den Palästinensern in Washington verhandelt hätte, ohne zu einem Ergebnis zu kommen.

Trotz «Friedensprozess» gehen die Menschenrechtsverletzungen wie Verwaltungshaft, Folter und Deportation von seiten Israels unvermindert weiter. Das Paradoxe an der Lage der Palästinenser ist, dass auch die palästinensische Autonomiebehörde die Menschenrechte der eigenen Landsleute verletzt. In der vierjährigen Regierungszeit des *Arafat*-Regimes wurden bereits 20 Palästinenser durch die zwölf Geheimdienste zu Tode gefoltert. Einschüchterungen, Folter, fragwürdige Prozesse vor dem dubiosen «Staatsicherheitsgericht», Rechtlosigkeit und Willkür seiner Geheimdienste und der Autonomiebehörde gehören zum Alltag. *Arafat* geriet unter erheblichen Druck Israels und der USA. Beide verlangten von ihm, aggressiver gegen die Radikalen vorzugehen, sie zu verhaften und einige an Israel auszuliefern. Dies hat *Arafat* dadurch vermieden, dass er Verdächtige umgehend von seinen Gerichten verurteilen liess, um sie damit vor der Auslieferung an Israel zu «schützen». Alle einmal Verurteilten brauchen nicht an Israel ausgeliefert zu werden. Wie konnte es zu diesem Zustand kommen? Wie passt der Status quo mit den wohlmeinenden Absichtserklärungen von Washington zusammen? Waren sie realistisch, und was steht in den Dokumenten?

Das Osloer Vertragswerk umfasst die «Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung» vom 13. September 1993, das «Protokoll über die wirtschaftlichen Beziehungen», das am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet worden ist und Bestandteil des «Gaza-Jericho-Abkommens» vom 4. Mai 1994 ist. Das «Wirtschaftsprotokoll» wurde auch unverändert in das «Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen» vom 28. September 1995 integriert. Am 15. Januar 1997 wurde das Hebron-Protokoll von der *Netanyahu*-Regierung unterzeichnet. Die israelische Delegation einigte sich mit *Arafat* in einem Verhandlungsmarathon auf der Wye-Plantation nahe Washingtons am 23. Oktober auf einen weiteren Teilrückzug.

Die wichtigsten Punkte der Prinzipienerklärung sind:

- Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und Jericho (Art. XIV)
- Gründung einer palästinensischen Behörde (Art. I), der im wesentlichen fünf Kompetenzbereiche übertragen werden: Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, direkte Besteuerung und Tourismus (Art. VI).
- Wahl eines palästinensischen Rates durch die Bevölkerung der Gebiete einschliesslich Ost-Jerusalems, der dann an die Stelle der palästinensischen Behörde treten soll (Art. III).
- Ausdehnung des Gebietes, in dem der Rat die zivilen Befugnisse hat und für die Sicherheit von Palästinensern verantwortlich ist (Art. VII).

Die Sicherheit der Grenzen, die Aussenbeziehungen, die Sicherheit und die öffentliche Ordnung der jüdischen Siedlungen und deren Bewohner sowie den ungehinderten Transit auf den Strassen behält sich Israel vor. Dies gilt auch für alle Folgeverhandlungen. Ausgeklammert und auf die Statusendverhandlungen verschoben werden die Komplexe Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsarrangements, Grenzen, Aussenbeziehungen und *«andere Fragen von gemeinsamem Interesse»* (Art. V).

Im «Gaza-Jericho-Abkommen» wurden der Rückzug der israelischen Armee aus den genannten Gebieten (Gaza-Streifen und Jericho) sowie die Übertragung von zivilen Befugnissen an die palästinensische Behörde geregelt. Die in diesem Zusammenhang abgeschlossene Vereinbarung über «Vorbereitende Übertragung von Befugnissen und Verantwortlichkeiten» vom 29. August 1994 wurden die in der «Prinzipienerklärung» genannten fünf Bereiche formell auf die palästinensische Behörde übertragen.

Im wirtschaftlichen Bereich gibt es eine enge Anbindung der palästinensischen Wirtschaft an die israelische.

Das «Interimsabkommen» vom 28. September 1995 regelt die gesamte Übergangsperiode in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Das Abkommen schuf in der Westbank eine Art «Inselreich», das durch Umgehungsstrassen die jüdischen Siedlungen von den palästinensischen Zentren trennt. Konkret wirkte es sich folgendermassen aus:

Die Zone A umfasst die Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem und macht 3,5 Prozent des gesamten Gebietes aus. In dieser Zone können die Palästinenser ihre Zivilangelegenheiten eigenständig regeln, und ihre Polizei hat das alleinige Sagen.

In der Zone B liegen die 420 Kleinstädte und Dörfer. Hier geht die Zivilverwaltung an die Palästinenser über. Es werden dort 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel, nur was ausschliesslich die Palästinenser betrifft, kann von deren Polizei alleine geregelt werden.

In der Zone C, sie macht 73 Prozent der Westbank aus, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Grossteil der Westbank betrachtet Israel sowieso als Staatsland. Nach diesem Konzept kann jede Autonomieinsel einzeln abgeriegelt werden. Dies stellt somit eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Zustand vor dem Abkommen dar, als sich die Menschen wenigstens frei in der oft abgeriegelten Westbank bewegen konnten.

Des weiteren zieht sich zwar die Militärverwaltung aus den Bevölkerungszentren zurück, behält aber alle ihre Vollmachten. Die bestehenden Gesetze und Militärverordnungen bleiben in Kraft (Westbank 1400, Gaza-Streifen 1000) und müssen von *Arafats* Autonomiebehörde umgesetzt werden. Sie können nur mit Zustimmung Israels geändert werden. Die palästinensische Behörde kann nur im zivilen Bereich freier agieren, alle anderen Bereiche sind durch ein engmaschiges Kontroll- und Veto-System an die israelische Zustimmung gebunden. Deutlich wird dies im Sicherheitsbereich, der besonders restriktiv für die Palästinenser ist. Auch im wirtschaftlichen Bereich gibt es eine enge Anbindung der palästinensischen Wirtschaft an die israelische, und die Palästinenser können über grössere Projekte nicht eigenständig befinden. Es wurde keine Siedlung aufgelöst. Sie sind exterritorial. Die Armee blieb überall präsent und an der de-facto-Kontrolle Israels über alle Lebensbereiche der Palästinenser hat sich nichts geändert. Während der Hochphase des «Friedensprozesses» wurde der Weltöffentlichkeit der Eindruck vermittelt, als seien die israelischen Soldaten abgezogen. Dieser Abzug wird aber immer wieder verzögert.

Auch im Hebron-Protokoll kam es nur zu einem Rückzug aus 80 Prozent von Hebron und zu keinem Abzug. Das Protokoll teilte die Stadt in eine H-1-Zone, in der zirka 100 000 Palästinenser unter *Arafats*-Regime leben, und eine H-2-Zone, in der 450 extremistische jüdische Siedler und zirka 20 000 Palästinenser unter direkter Okkupation Israels wohnen. Die Einwilligung *Netanyahus* zu diesem Abkommen ist als «Ja» der anderen Hälfte Israels zum Friedensprozess gewertet worden. Eine solche Interpretation kann aber nur mit erheblichen Abstrichen gelten, da sich die Nationalisten und religiösen Fundamentalisten bis heute nicht mit der Existenz der Palästinenser abgefunden haben. Aufschlussreich ist

das Interview von *Netanyahus* 88jährigem Vater in der Tageszeitung *«Ha'aretz»* vom 23. September 1998: *«Es ist offensichtlich, dass es kein palästinensisches Volk gibt. Weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart. So eine Behauptung wird nur aufgestellt, um den Aufruf zur Auslöschung des jüdischen Staates zu rechtfertigen.» Benzion Netanyahu* zeichnete ein Bild der jüdischen Nation, die keinen Ausgleich sucht, weil die Araber kein Partner sein könnten. Arabische Gesellschaften seien von Natur aus instabil, neigten zur Gewalt und könnten nur als Diktaturen bestehen, so *Netanyahus* Vater. Wirft man einen Blick in *Benjamin Netanyahus* Bücher, entspricht sein Araber-Bild dem seines Vaters.

Mit dem Hebron-Protokoll ging ein Brief des ehemaligen amerikanischen Aussenministers *Warren Christopher* einher, in dem er Israel weitreichende Sicherheitsgarantien machte und es dem Land freistellte, unilateral über den weiteren Rückzug aus der Westbank, die in drei Etappen bis August 1998 abgeschlossen sein soll, gemäss der israelischen Sicherheitslage zu entscheiden. Seitdem hat *Netanyahu* alles getan, um den Status quo zu Gunsten Israels zu verändern. Dies war auch die Politik *Rabins,* der in seiner vierjährigen Amtszeit die Zahl der Siedler verdoppelt und Milliarden von Shekel in die Siedlungen und ein separates Strassensystem investiert hat. Hinter dieser Leistung will *Netanyahu* zu Recht nicht zurückstehen. *Rabin* und *Peres* tragen zu Unrecht den Titel «Friedenspolitiker». Waren sie es nicht, die den Palästinensern diese Verträge aufgezwungen haben? *Peres* hatte schon am 1. September 1993 festgestellt, dass Israel nicht mit der PLO, sondern nur mit einem Schatten ihrer selbst verhandelt habe. Nach der Unterzeichnung des Interimsabkommens gestand *Peres* am 8. Oktober 1995 der Zeitung *«Yediot Aharonot»: «Alles verlief nach der Strategie, die der Ministerpräsident und ich entworfen hatten. Natürlich konnten wir nicht unsere ganze politische Macht ausüben und die Palästinenser brechen. Dies wäre nicht im israelischen Interesse.»* Der israelische Historiker *Ilan Pappe* bezeichnete die Abkommen folgerichtig als «Diktate» Israels. Und schon am 3. Januar 1996 verglich der israelische Soziologe *Baruch Kimmerling* in *«Ha'aretz»* sie mit dem Versailler Vertrag und kam zu dem Ergebnis, dass dieser im Vergleich zu den Osloer Verträgen geradezu «ideal» gewesen sei!

Am 23. Oktober wurde auf der Wye-Plantation in der Nähe von Washington unter massivem Einsatz des US-Präsidenten *Bill Clinton* ein Abkommen unterzeichnet, das nochmals das festschreibt, was bereits im Interimsabkommen vom September 1995 vereinbart worden war. Den Palästinensern werden 13 Prozent des Westjordanlandes aus der H-Zone zur alleinigen Kontrolle überstellt. Weitere 14 Prozent kommen aus der von Israel beherrschten C-Zone unter gemeinsame Aufsicht. Der Flughafen von Gaza-Stadt sowie der Korridor zwischen Gaza und der Westbank soll eröffnet werden. Der US-Geheimdienst CIA wird den Palästinensern die Hand führen.

Arafats Geheimdienste sind somit vom Shin Bet, dem israelischen Inlandsgeheimdienst, und der CIA eingemauert. Die Passagen der PLO-Charta, in denen zur Zerstörung des *«zionistischen Gebildes»* aufgerufen wird, sollen nochmals geändert werden, obwohl bereits geschehen. Zur Sitzung des Palästinensischen Nationalrates, der diese Streichung vornehmen soll, will sogar *Clinton* nach Gaza kommen. Die gesamte Vereinbarung hängt aber vom Prinzip der Gegenseitigkeit ab. Sollte *Arafat* Israels kaum begrenzbares Sicherheitsbedürfnis nicht zu hundert Prozent befriedigen, wird es zu keinem Truppenrückzug kommen. Ein Terroranschlag kann alles zunichte machen.

Warum kam es trotz dieser Schwierigkeiten zu den Abkommen und dem Versuch, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen? Verantwortlich für diesen Gesinnungswandel war die Anpassung an die veränderte Weltlage. Die Ereignisse des Jahres 1989 ff. hatten eine «Zeitenwende» eingeläutet, die auch den Nahen Osten nicht unberührt gelassen hat. Mit dem Kollaps der Sowjetunion verloren die radikalen arabischen Staaten ihren Waffenlieferanten und Mentor. Die USA stellen die einzige Supermacht dar. Auch die Palästinenser mussten sich nach ihrer Unterstützung für *Saddam Hussein* der «Neuen Weltordnung» beugen. Israel dagegen stieg zum Sozius der USA auf. Seine Sicherheit ist durch niemanden mehr bedroht.

> *Der israelische Historiker Ilan Pappe bezeichnete die Abkommen folgerichtig als «Diktate» Israels.*

Was bleibt als Fazit, und warum sind die Palästinenser immer noch am Friedensprozess interessiert? Die Abkommen haben die Kriegsgefahr in Israel und Palästina nicht beseitigen können. Dass es zu solch einer Lage kommen konnte, ist auch die Schuld der jetzigen israelischen Regierung, die alles tut, um *Arafat* und seine Regierung zu demütigen und vor den Augen der Palästinenser lächerlich zu machen. Die Abkommen sind nicht Ausdruck von Emanzipation der Palästinenser, sondern symbolisieren die dauerhafte politische, ökonomische und soziale Unterwerfung. *Arafat* und sein Regime sind dazu auserkoren, für die Sicherheit Israels in den autonombesetzten Gebieten zu sorgen. Dies wird nach dem Abkommen von Wye noch offensichtlicher. Die Ab-

kommen nützen allein der Sicherheit Israels. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst, sondern von der internationalen Tagesordnung abgesetzt und zu einem bilateralen Problem gemacht, bei dem die Palästinenser nur verlieren können. Diese Entwicklung ist irreversibel, weil sie von der palästinensischen Führung eingeleitet worden ist. Ihre «Kompromissbereitschaft» grenzt an Selbstaufgabe. Um als «Präsident Palästinas» in die Geschichte einzugehen, scheint *Arafat* zu allem bereit zu sein.

Dieser «Friedensprozess» wird auch dann weitergehen, wenn *Arafat* abtreten wird, weil die herrschenden Politiker daran ein ökonomisches Interesse haben. Es scheint, als ob viele palästinensische Politiker nur ein Interesse hätten, so schnell wie möglich Millionäre zu werden. So haben sie sich einige Monopole auf diverse Waren und Güter gesichert, deren einträchtige Gewinne in Privatschatullen fliessen. Die diversen Geheimdienste treiben «Steuern» ein, von denen das «Finanzministerium» nichts sieht. Die herrschende Elite lebt im Gaza-Streifen in sichtbarem Wohlstand. Die Villen von *Abu Mazen* und *Nabil Shaath* in Gaza wirken angesichts des Elends wie purer Zynismus. Demzufolge müssen sie sich auch mit hohen Mauern umgeben. Ein möglicher Aufstand der Palästinenser könnte sich auch zuerst gegen die eigene Führungsschicht richten.

Gibt es aus dieser verfahrenen Situation dennoch einen Ausweg? Eine Wende zum Besseren ist nur dann zu erwarten, wenn Israel eine Kehrtwendung in Richtung «gerechter Friede» vollzieht. Mehr Gerechtigkeit würde auch das Problem des «Terrors» lösen. Dies beinhaltet die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat – und nicht eines Bantustans –, das Ende der Landenteignungen und der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen, das Ende der Häuserzerstörungen, den Siedlungsstop, die Freilassung aller Gefangenen, das Rückkehrrecht der Flüchtlinge in ihre Heimat, die Anerkennung Ost-Jerusalems als die Hauptstadt eines unabhängigen Staates, die Einstellung des «demographischen Krieges» gegen die Bewohner Ost-Jerusalems, das Ende der Abriegelung und der Kollektivstrafen und die Anerkennung der Menschenrechte der Palästinenser.

Es ist deshalb ein Neuanfang notwendig, und zwar auf der Grundlage des Völkerrechts und nicht auf Basis amerikanischer und israelischer Hegemonie. Die internationale Rechtslage ist eindeutig. Nach der Präambel der UN-Sicherheitsratsresolution 242 geht es nicht an, «Territorium durch Krieg zu erobern». Die internationale Staatengemeinschaft muss sich für eine internationale Friedenskonferenz einsetzen, an der die Vereinten Nationen, die Europäische Union, Russland, die USA und die Konfliktparteien Israel, Syrien, der Libanon und die Palästinenser teilnehmen. Nur eine solche Konferenz wird die Grundlagen für einen gerechten Ausgleich in der Region schaffen können und nicht die amerikanisch-israelische Interessenpolitik. Sie wird den Teufelskreis von Terror und Rache nicht durchbrechen. ✦

Ludwig Watzal, geboren 1950, studierte Politikwissenschaft, Internationale Beziehungen und Philosophie in Berlin, Philadelphia, München und Würzburg. 1980–1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität der Bundeswehr in München für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen. Promotion zum Dr. phil. Seit 1986 Redaktor und Publizist in Bonn.
Vom Autor soeben erschienen: Friedensfeinde. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina in Geschichte und Gegenwart, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1998.

Das Lesen versieht den Geist nur mit dem Material für das Wissen: erst das Denken macht das Gelesene zu unserem Eigentum.
Es genügt nicht, dass wir uns mit einer grossen Ladung von Sammelgütern anfüllen;
wenn wir diese nicht durchdenken, werden sie uns keine Kraft und Nahrung geben.
John Locke